Zentrale Gestaltungsmerkmale von Energiegemeinschaften

Welche Faktoren sind wichtig? – Eine deskriptive Analyse

Detailreiche Zusammenfassung auf Deutsch

Grundlage: Barbara Breitschopf, Leon Wind und Ruben Hillebrandt, „Key design elements and perceived cost-benefits of energy communities – what factors matter most? A descriptive analysis“, Fraunhofer ISI, Nr. S07/2026, DOI: 10.24406/publica-10544.

Hinweis: Dies ist eine KI-erstellte Übersetzung und Zusammenfassung des englischsprachigen Ausgangsdokuments. Es handelt sich nicht um eine vollständige Übersetzung und nicht um eine offizielle Übersetzung der Autorinnen, Autoren oder des Fraunhofer ISI. Formulierungen wurden zur Verständlichkeit zusammengefasst; die Ergebnisse sind entsprechend der Quelle wiedergegeben.

Inhaltliche Orientierung

1. Kurzüberblick und Kernaussagen
2. Hintergrund und Fragestellung
3. Begriff und Gestaltungsdimensionen von Energiegemeinschaften
4. Datenerhebung und Auswertungsmethode
5. Ergebnisse: Mitgliedschaft und Teilnahmeabsicht
6. Motive, Vorteile, Kosten und Risiken
7. Bevorzugte Gestaltung von Energiegemeinschaften
8. Diskussion, Grenzen und Schlussfolgerungen

1. Kurzüberblick und Kernaussagen

Die Studie untersucht, welche Merkmale von Energiegemeinschaften (EG; im Original „energy communities“, ECs) Menschen in Deutschland wichtig finden und welche wahrgenommenen Vorteile, Kosten und Risiken mit einer Mitgliedschaft verbunden sind. Im Mittelpunkt stehen nicht die tatsächlichen wirtschaftlichen Ergebnisse einzelner Gemeinschaften, sondern Einstellungen, Präferenzen und die erklärte Bereitschaft, Mitglied zu werden.

Das zentrale Ergebnis ist eine deutliche Lücke zwischen positiver Einstellung, Teilnahmeabsicht und tatsächlicher Mitgliedschaft: 67 % der Befragten stehen Energiegemeinschaften positiv gegenüber, etwa die Hälfte gibt eine gewisse Bereitschaft zum Beitritt an, aber nur rund 2 % sind bereits Mitglied. Die Autorinnen und Autoren sehen darin einen Hinweis darauf, dass Zustimmung allein nicht genügt, um tatsächliche Beteiligung auszulösen.

Die stärksten Anreize sind pragmatisch und strukturell zugleich: günstigeren Strom beziehen zu können und unabhängiger von großen Energieversorgern zu werden, sind wichtige Vorteile. Besonders wichtig erscheinen den Befragten außerdem eine faire Verteilung von Kosten und Nutzen sowie die Möglichkeit, bei Entscheidungen mitzureden. Dagegen werden soziale Begegnung, ehrenamtliches Engagement und die reine Investitionsmöglichkeit weniger stark als Beitrittsgründe bewertet.

Bei der konkreten Ausgestaltung sprechen sich die Befragten überwiegend für eine lokale, gemeinschaftlich orientierte Struktur aus: Bürgerinnen und Bürger aus der Region und Kommunen gelten als bevorzugte Mitglieder; Photovoltaik und Windenergie werden als geeignete Technologien angesehen; viele Befragte befürworten eine genossenschaftliche oder andere kollektive Rechtsform. Bei strategischen Fragen und der Verwendung von Gewinnen wird eine starke Mitsprache aller Mitglieder gewünscht.

Die Ergebnisse legen nahe, Energiegemeinschaften so zu gestalten, dass sie konkrete Vorteile und verständliche Abläufe bieten, finanzielle und organisatorische Hürden begrenzen, Vertrauen schaffen und zugleich echte Mitbestimmung ermöglichen. Die Studie betont jedoch, dass es keine universelle Musterlösung gibt: Die Ausgestaltung muss zu den lokalen Bedingungen, Ressourcen und Herausforderungen passen.

Zentrale Zahlen im Überblick

Kennzahl	Ergebnis laut Studie	Einordnung
Positive Einstellung	67 %	Grundsätzliches Wohlwollen gegenüber Energiegemeinschaften
Bereits Mitglied	rund 2 %	Tatsächliche Beteiligung bleibt sehr gering
Teilnahmeabsicht	etwa 50 % mit Beitrittsneigung; rund 22 % mit leichter oder klarer Bereitschaft	Absichten sind deutlich verbreiteter als Mitgliedschaften
PV auf Balkon/Dach	21 %	Relativ verbreitete Form der Beteiligung an erneuerbaren Energien
Investition in Wind-/Solarpark	2 %	Direkte finanzielle Beteiligung an größeren Projekten ist selten
Kollektiv orientierte Rechtsform	60 % bevorzugen eine teilweise oder vollständig gemeinschaftliche Form	Gemeinschaftlicher Charakter kann die Attraktivität erhöhen

2. Hintergrund und Fragestellung

Energiegemeinschaften ermöglichen Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und weiteren lokalen Akteuren, sich an Energieerzeugung, -versorgung oder damit verbundenen Dienstleistungen zu beteiligen. Je nach Modell können sie beispielsweise erneuerbaren Strom erzeugen, Energie gemeinsam nutzen oder speichern, Überschüsse vermarkten und zusätzliche Leistungen wie Abrechnung oder Energieberatung anbieten. Neben der technischen und wirtschaftlichen Seite geht es auch um Governance: Wer darf Mitglied werden, wer entscheidet, und wie werden Kosten, Risiken und Erträge verteilt?

Die Studie geht davon aus, dass solche Gestaltungsentscheidungen die wahrgenommenen Kosten und Vorteile einer Mitgliedschaft beeinflussen können. Eine Gemeinschaft kann zum Beispiel günstigen Strom und lokale Unabhängigkeit versprechen, zugleich aber einen finanziellen Beitrag, Zeitaufwand, Informationsbedarf und organisatorische Pflichten verlangen. Die Untersuchung fragt daher, welche dieser Aspekte für potenzielle Mitglieder besonders relevant sind und ob sich Präferenzen zwischen Bevölkerungsgruppen unterscheiden.

Die Analyse ordnet die Gestaltungsmerkmale in mehrere Themenfelder ein: Ziele der Gemeinschaft, Geschäftstätigkeiten, Zusatzleistungen, eingesetzte Technologien, Art der Mitglieder, Rechtsform sowie die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen. Ergänzend werden Motive, wahrgenommene Vorteile, Vertrauen, Fairness, Risiken und monetäre beziehungsweise nicht-monetäre Kosten betrachtet.

3. Gestaltungsdimensionen von Energiegemeinschaften

Die Studie betrachtet Energiegemeinschaften nicht als ein einheitliches Modell. Vielmehr können sie sich in verschiedenen Punkten unterscheiden:

• Ziele: finanzielle Rendite, Stärkung der lokalen Wirtschaft, günstige Energie, Unabhängigkeit, Umweltschutz, demokratische Mitbestimmung und soziale Inklusion.
• Aktivitäten: gemeinsame Stromerzeugung, Wärmeversorgung, Speicherung, Vermarktung überschüssiger Energie, digitale Informationen sowie administrative Vertrags- und Abrechnungsaufgaben.
• Zusatzleistungen: Energieberatung, Verbrauchsübersichten, vereinfachte Abrechnung, Verbrauchserfassung und -steuerung, Installation und Wartung sowie Verbindung mit Elektromobilität.
• Technologien: Windenergie, Photovoltaik, Biomasse, Wärmepumpen und Geothermie.
• Mitgliedschaft: lokale und auswärtige Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, regionale Organisationen und Energieversorger sowie kleine und große Unternehmen.
• Rechtsform und Governance: kommerziell ausgerichtete oder gemeinschaftlich orientierte Organisationsformen und unterschiedliche Zuständigkeiten für strategische, projektbezogene, finanzielle und operative Entscheidungen.

Die Grundidee ist, dass die passende Kombination von Merkmalen von lokalen Gegebenheiten abhängt. Was für eine Gemeinde oder eine Gruppe von Haushalten gut funktioniert, muss nicht automatisch auf andere Kontexte übertragbar sein.

4. Datenerhebung und Auswertungsmethode

Die Studie basiert auf einer strukturierten Online-Befragung deutscher Haushalte. Die Erhebung fand vom 2. April bis zum 11. Mai 2026 statt. Teilnehmende wurden über das Panel eines professionellen Marktforschungsunternehmens rekrutiert und für die Teilnahme vergütet. Etwa 2.000 Panelmitglieder wurden eingeladen; angestrebt waren 1.000 vollständige Antworten. Bei der Auswahl wurden Quoten nach Geschlecht, Alter und monatlichem Nettoeinkommen berücksichtigt.

Der Fragebogen wurde schrittweise entwickelt und vorab getestet. Ein abschließender Pretest umfasste 76 Personen. Die mediane Bearbeitungszeit lag bei etwa 13,4 Minuten. Um die Datenqualität zu sichern, enthielt die Befragung vier Qualitätsprüfungen. Eine zunächst sehr strenge Ausschlussregel führte bei einer Frage zu vielen Abbrüchen; ab dem 15. April 2026 wurde sie angepasst, sodass die Frage übersprungen werden konnte.

Erfasst wurden unter anderem demografische und sozioökonomische Merkmale, Wohnsituation, vorhandene Photovoltaikanlagen, Investitionen in erneuerbare Energien, bestehende Mitgliedschaften und Strombezug. Weitere Fragen betrafen die Beitrittsabsicht, die erforderliche Stromkostenersparnis, den maximal akzeptierten Mitgliedsbeitrag sowie Einstellungen und Präferenzen. Viele Aussagen wurden auf siebenstufigen Skalen bewertet.

Für Gruppenvergleiche nutzten die Forschenden nichtparametrische statistische Tests. Der Mann-Whitney-U-Test wurde für Vergleiche zwischen zwei Gruppen eingesetzt, etwa Männern und Frauen oder Personen mit und ohne PV-Anlage. Der Kruskal-Wallis-Test diente Vergleichen mit mindestens drei Kategorien, beispielsweise Alters- und Einkommensgruppen. Ergänzend wurden Dunn-Post-hoc-Tests mit Bonferroni-Korrektur verwendet, um zu prüfen, zwischen welchen einzelnen Kategorien Unterschiede bestehen. Die Studie berichtet Signifikanzwerte und Effektgrößen; viele gefundene Unterschiede sind statistisch signifikant, aber in ihrer Stärke eher klein.

Einordnung der Stichprobe

Die Verteilung nach Geschlecht, Alter und Einkommen war laut Studie insgesamt mit der deutschen Bevölkerung vergleichbar. Abweichungen bestanden unter anderem bei den Bundesländern: Sachsen und Berlin waren überrepräsentiert, Bayern und Baden-Württemberg unterrepräsentiert. Mieterinnen und Mieter waren etwas stärker vertreten; sehr große Städte und kleine ländliche Gemeinden ebenfalls. Solche Abweichungen sind bei der Übertragung der Ergebnisse auf die Gesamtbevölkerung zu berücksichtigen.

Die Untersuchung ist ausdrücklich deskriptiv angelegt. Sie beschreibt Zusammenhänge und Gruppenunterschiede, belegt aber nicht, dass ein einzelner Faktor die Teilnahmeabsicht ursächlich hervorruft. Außerdem beziehen sich die Ergebnisse auf geäußerte Einstellungen und Präferenzen, nicht auf beobachtetes Verhalten in einer realen Beitrittssituation.

5. Ergebnisse: Mitgliedschaft und Teilnahmeabsicht

Die Studie zeigt eine deutliche Diskrepanz zwischen allgemeiner Zustimmung und tatsächlicher Beteiligung. Rund 67 % der Befragten haben eine positive Einstellung zu Energiegemeinschaften, aber nur etwa 2 % sind Mitglied. Unter den bereits Mitgliedern bezieht weniger als die Hälfte Strom über die jeweilige Gemeinschaft. Die finanziellen Beiträge der bestehenden Mitglieder reichen von kleinen Beträgen unter 100 Euro bis zu höheren Investitionen von mehr als 5.000 Euro; die Zahl der bestehenden Mitglieder in der Stichprobe ist allerdings sehr klein.

Bei den Nichtmitgliedern ist die erklärte Bereitschaft begrenzt und uneinheitlich: Etwa 50 % halten einen Beitritt für eher oder sehr unwahrscheinlich, rund 27 % sind unentschieden, und etwa 22 % geben eine leichte oder klare Beitrittsbereitschaft an. Die Studie spricht deshalb von einer Lücke zwischen Einstellung, Absicht und tatsächlicher Handlung.

Gruppenunterschiede bei der Beitrittsabsicht

• Geschlecht: Frauen zeigen im Durchschnitt eine geringere Absicht, Mitglied zu werden, als Männer.
• Photovoltaik: Personen, in deren Wohngebäude eine PV-Anlage vorhanden ist, zeigen eine höhere Beitrittsabsicht.
• Investitionen in erneuerbare Energien: Wer bereits in erneuerbare Energieprojekte investiert hat, weist eine deutlich höhere Teilnahmeabsicht auf als Personen ohne solche Investitionen.
• Einkommen: Menschen mit niedrigerem Einkommen sind tendenziell weniger bereit, Mitglied zu werden.
• Qualifikation: Die Teilnahmeabsicht unterscheidet sich nach Bildungs- und Ausbildungsgruppen; Personen in Ausbildung oder im Studium zeigen die höchste Absicht, Personen ohne abgeschlossene Qualifikation beziehungsweise mit abgeschlossener Berufsausbildung die niedrigste.
• Wohnsituation: Personen, die in einem Haus leben – zur Miete oder im Eigentum –, weisen eine höhere Beitrittsabsicht auf als Menschen in Wohnungen.

Finanzielle Schwellen und erforderliche Einsparungen

Die Befragten wurden gefragt, wie hoch die jährliche Einsparung bei den Stromkosten mindestens sein müsste, damit sie einer Energiegemeinschaft beitreten würden. Die Ergebnisse zeigen einen klaren Zusammenhang: Je geringer die Beitrittsabsicht, desto höher sind tendenziell die verlangten Einsparungen. Die Korrelation zwischen dem erforderlichen Einsparungsniveau und der Beitrittsabsicht war moderat und statistisch signifikant (Spearman $\rho = 0{,}48$). Die Skala ist dabei so codiert, dass höhere Werte eine geringere Beitrittsabsicht bedeuten.

Auch die Bereitschaft, einen finanziellen Beitrag zu leisten, hängt mit der Teilnahmeabsicht zusammen: Personen mit stärkerer Beitrittsabsicht sind tendenziell bereit, höhere Beiträge zu zahlen. Für die praktische Gestaltung bedeutet das, dass ein einzelner Mitgliedsbeitrag nicht alle Gruppen gleichermaßen anspricht. Niedrige Einstiegshürden könnten insbesondere für Haushalte wichtig sein, die finanzielle Risiken stärker gewichten.

Wichtig ist die Einschränkung, dass die genannten Zusammenhänge nicht beweisen, dass Einkommen, Wohneigentum oder eine PV-Anlage allein die Beitrittsentscheidung verursachen. Es handelt sich um beobachtete Unterschiede in den Antworten.

6. Motive, Vorteile, Kosten und Risiken

Die Studie ordnet die Beweggründe und Hindernisse in mehrere Bereiche ein: persönliche Motive, erwartete Vorteile, Einstellungen und Vertrauen auf der einen Seite sowie finanzielle und nicht-finanzielle Kosten und wahrgenommene Risiken auf der anderen.

Wichtigste Motive und wahrgenommene Vorteile

Als besonders relevante Vorteile gelten die Unabhängigkeit von großen Stromversorgern und die Möglichkeit, Strom über eine Energiegemeinschaft zu beziehen. Die Mittelwerte der Antworten deuten auf vergleichsweise hohe Zustimmung zu diesen Aspekten hin. Noch zentraler erscheinen die faire Verteilung von Kosten und Erträgen sowie die Möglichkeit zur Mitsprache und Beteiligung an Entscheidungen. Diese Ergebnisse legen nahe, dass die Attraktivität nicht allein vom Preis abhängt: Fairness, Selbstbestimmung und nachvollziehbare Regeln sind ebenfalls entscheidend.

Weniger stark als Beitrittsgrund bewertet werden ehrenamtliches Engagement, soziale Interaktion und die Möglichkeit, Geld zu investieren. Die Befragten scheinen eine Energiegemeinschaft also nicht primär als sozialen Treffpunkt oder als reine Kapitalanlage zu betrachten. Das bedeutet nicht, dass solche Merkmale grundsätzlich unwichtig sind, sondern dass sie in dieser Befragung weniger stark mit der Teilnahmeabsicht verbunden waren.

Wahrgenommene Kosten und Risiken

Zu den möglichen Hürden zählen finanzielle Beiträge, der Zeitaufwand, das Einholen und Verstehen von Informationen, Bürokratie sowie praktische oder handwerkliche Aufgaben. Hinzu kommen Bedenken hinsichtlich finanzieller Verluste, politischer Unsicherheit, technischer Probleme und der Kompetenz derjenigen, die eine Gemeinschaft leiten. Die Antworten zu Kosten, Risiken und Vertrauen unterscheiden sich im Durchschnitt weniger stark als die Antworten zu Fairness, Beteiligung und den zentralen Vorteilen.

Die Gruppenanalysen zeigen einige wiederkehrende Muster:

• Männer bewerten Zeitaufwand, Informationsbedarf, Bürokratie und finanzielle Einstiegshürden tendenziell als höher als Frauen; die Effektgrößen sind klein, aber über mehrere Fragen hinweg konsistent.
• Frauen nehmen das finanzielle Risiko einer Mitgliedschaft stärker wahr als Männer.
• Personen ohne PV-Anlage stimmen eher zu, dass finanzielle und praktische beziehungsweise handwerkliche Anforderungen zu hoch sein können.
• Jüngere Befragte im Alter von 18 bis 29 Jahren bewerten eine Mitgliedschaft häufiger als zeitaufwendig als mehrere ältere Altersgruppen.
• Menschen mit geringerem Einkommen äußern stärkere Bedenken, dass eine Mitgliedschaft ein hohes finanzielles Risiko darstellt. Sie zeigen auch eine geringere Motivation, aus Investitionsgründen beizutreten.

Die Studie deutet diese Unterschiede als Hinweise darauf, dass dieselben Mitgliedschaftsbedingungen für verschiedene Gruppen unterschiedlich belastend wirken können. Für die Ausgestaltung bedeutet das, finanzielle Einstiegsmöglichkeiten, einfache Information und möglichst geringe administrative Hürden mitzudenken.

Einstellungen und Vertrauen

Die Befragten stehen Energiegemeinschaften im Allgemeinen positiv gegenüber und erkennen grundsätzlich einen Beitrag zur Energiewende. Die Studie findet jedoch nicht, dass eine positive Einstellung automatisch zu einer Mitgliedschaft führt. Informationsmangel über Energiegemeinschaften und konkrete lokale Angebote sowie fehlende Kontakte zu bestehenden Mitgliedern könnten zusätzliche Hindernisse sein. Diese Erklärung wird im Diskussionsteil als plausible Deutung angeführt, nicht als direkt getesteter Kausalnachweis.

7. Bevorzugte Gestaltung von Energiegemeinschaften

7.1 Ziele der Gemeinschaft

Die Ergebnisse sprechen dafür, dass Befragte Energiegemeinschaften nicht in erster Linie als Instrument zur Förderung sozialer Begegnung oder zum Zusammenbringen unterschiedlicher Gruppen ansehen. Soziale Interaktion und Vielfalt werden als zentrale Ziele vergleichsweise wenig unterstützt. Dagegen sind faire Beteiligungsmöglichkeiten, eine gerechte Verteilung von Kosten und Vorteilen sowie konkrete Energie- und Unabhängigkeitsvorteile besonders relevant.

Es gibt dabei Unterschiede zwischen Gruppen. Frauen bewerten Umweltschutz als Ziel stärker als Männer. Befragte, die Sozialleistungen erhalten, befürworten das Ziel der Inklusion einkommensschwacher Personen stärker; Menschen mit eigener PV-Anlage sehen dieses Ziel tendenziell weniger wichtig. Ältere Befragte messen sozialer Interaktion und Kontakten zwischen unterschiedlichen Menschen mehr Bedeutung bei als jüngere. Personen mit geringerem Einkommen bewerten die Einbeziehung einkommensschwacher Menschen wichtiger als einkommensstarke Gruppen.

7.2 Aktivitäten und Zusatzleistungen

Als Geschäftstätigkeiten kommen unter anderem gemeinsame Stromerzeugung, Wärmeversorgung, Speicherung, Verkauf überschüssigen Stroms, digitale Verbrauchsinformationen und die Übernahme administrativer Aufgaben infrage. Bei den Zusatzleistungen werden vor allem eine Übersicht des Energieverbrauchs und Unterstützung bei der Abrechnung bevorzugt. Diese Leistungen können den Nutzen einer Mitgliedschaft im Alltag greifbar machen und organisatorische Belastungen verringern.

Bei Zusatzleistungen zeigen sich altersbezogene Unterschiede. Ältere Befragte bevorzugen Energieberatung stärker als einige jüngere Gruppen. Jüngere Befragte bewerten die Verbrauchserfassung beziehungsweise -übersicht tendenziell weniger wichtig. Die Autorinnen und Autoren vermuten, dass ältere Generationen traditionelle Beratungsangebote stärker schätzen, während jüngere Menschen Informationen eher selbst beschaffen. Diese Erklärung ist eine Interpretation der beobachteten Präferenzen.

7.3 Technologien und Mitgliederkreis

Photovoltaik erhält die höchste durchschnittliche Präferenz, gefolgt von Windenergie an Land. Die Bereitschaft, einer Energiegemeinschaft mit diesen Technologien beizutreten, ist damit im Vergleich zu den anderen abgefragten Technologien besonders hoch. Jüngere Gruppen zeigen bei Wind- und PV-Technologien eine höhere Zustimmung als eine ältere Gruppe.

Beim Mitgliederkreis werden lokale Bürgerinnen und Bürger am stärksten bevorzugt, Kommunen folgen als ebenfalls gewünschte Akteure. Die Befragten zeigen sich weniger aufgeschlossen gegenüber überregionalen Energieversorgern oder großen Unternehmen als Mitgliedern. Die lokale Verankerung ist damit ein wiederkehrendes Muster der Ergebnisse. In kleinen Gemeinden ist die Zustimmung dazu, dass auch Personen außerhalb der Region Anteile erwerben dürfen, geringer als in größeren Städten.

7.4 Rechtsform und gemeinschaftliche Ausrichtung

Rund 60 % der Befragten bevorzugen eine teilweise oder vollständig gemeinschaftlich orientierte Rechtsform. Dazu zählen etwa genossenschaftliche oder vereinsähnliche Modelle. Nur eine Minderheit – ungefähr ein Viertel – bevorzugt eine kommerziell ausgerichtete Struktur. Die Studie interpretiert dies als Hinweis darauf, dass der gemeinschaftliche Charakter einer Organisation die Attraktivität einer Mitgliedschaft erhöhen kann. Bei den statistischen Gruppenvergleichen zeigen sich hierzu keine besonders ausgeprägten Effektgrößen.

7.5 Entscheidungsbefugnisse

Etwa 80 % der Befragten möchten, dass alle Mitglieder über die strategische Ausrichtung, neue Projekte beziehungsweise Investitionen und die Verwendung von Gewinnen mitentscheiden. Bei alltäglichen operativen Fragen ist das Bild weniger eindeutig: ungefähr die Hälfte befürwortet Entscheidungen durch alle Mitglieder; die andere Hälfte akzeptiert eher eine Zuständigkeit von Vorstand oder Aufsichtsrat.

Die Studie hebt einen scheinbaren Widerspruch hervor: Einerseits wollen Menschen Mitsprache und demokratische Kontrolle, andererseits möchten sie möglichst wenig Zeit aufwenden und Bürokratie vermeiden. Eine mögliche Erklärung ist, dass die Befragten vor allem die Möglichkeit zur Mitbestimmung schätzen, ohne ständig aktiv an Entscheidungen teilnehmen zu wollen. Die Option, Einfluss nehmen zu können, kann Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit vermitteln, auch wenn operative Aufgaben delegiert werden.

8. Diskussion, Grenzen und Schlussfolgerungen

Die wichtigste Schlussfolgerung der Studie ist die Lücke zwischen positiver Haltung, erklärter Beitrittsabsicht und tatsächlicher Mitgliedschaft. Ein grundsätzlich positives Bild von Energiegemeinschaften reicht offenbar nicht aus, um Menschen zur Teilnahme zu bewegen. Neben den erwarteten Vorteilen spielen wahrgenommene Risiken, finanzielle und nicht-finanzielle Kosten, persönliche Werte und die konkrete Gestaltung der Gemeinschaft eine Rolle.

Die stärksten Präferenzen weisen in eine gemeinsame Richtung: Energiegemeinschaften sollen lokale Vorteile ermöglichen, Unabhängigkeit stärken, fair mit Kosten und Erträgen umgehen und den Mitgliedern eine Stimme geben. Eine gemeinschaftliche Rechtsform, lokale Mitglieder und die Beteiligung von Kommunen passen zu diesem Bild. Zugleich sollten praktische Leistungen wie Verbrauchsübersichten und vereinfachte Abrechnung den Alltag erleichtern.

Für die praktische Gestaltung lassen sich aus der Studie folgende Hinweise ableiten:

1. Nutzen konkret machen: Vorteile wie günstigerer Strom, lokale Versorgung und geringere Abhängigkeit verständlich und realistisch darstellen.
2. Fairness sichtbar machen: Regeln für Kosten, Risiken und Erträge nachvollziehbar gestalten und transparent kommunizieren.
3. Mitbestimmung ermöglichen: Mitglieder sollen Einfluss auf grundlegende Entscheidungen und Gewinnverwendung nehmen können; operative Entscheidungen können bei Bedarf delegiert werden.
4. Hürden senken: Einstiegsbeiträge, Informationsaufwand, Bürokratie und Zeitbedarf so gering wie praktikabel halten.
5. Alltagsdienste anbieten: Verbrauchsinformationen und unkomplizierte Abrechnung können den konkreten Nutzen erhöhen.
6. Lokale Akteure einbinden: Bürgerinnen und Bürger aus der Region sowie Kommunen passen zu den geäußerten Präferenzen.
7. Unterschiedliche Gruppen berücksichtigen: Finanzielle Risiken und Einstiegshürden können einkommensschwächere Haushalte stärker abschrecken; Informations- und Serviceangebote sollten zu unterschiedlichen Bedürfnissen passen.
8. Vor Ort anpassen: Die Studie warnt vor einem „One-size-fits-all“-Ansatz. Lokale Ressourcen, Herausforderungen und Möglichkeiten sollten die konkrete Gestaltung bestimmen.

Grenzen der Aussagekraft

Die Ergebnisse beruhen auf einer Online-Befragung und überwiegend selbst berichteten Einstellungen und Präferenzen. Die Studie untersucht keine repräsentative Auswahl tatsächlicher Beitrittsentscheidungen im Zeitverlauf. Statistische Unterschiede zeigen Zusammenhänge, aber keine eindeutigen Ursachen. Die Stichprobe weicht in einzelnen Merkmalen von der Bevölkerungsverteilung ab. Außerdem ist die Gruppe der bereits bestehenden Mitglieder sehr klein, sodass Aussagen über deren tatsächliche Erfahrungen vorsichtig zu behandeln sind. Viele Unterschiede zwischen soziodemografischen Gruppen weisen kleine Effektgrößen auf.

Abschließende Einordnung

Die Studie zeichnet Energiegemeinschaften als ein Modell, dessen Attraktivität nicht nur an finanziellen Vorteilen hängt. Menschen scheinen eine Kombination aus praktischem Nutzen, lokaler Verankerung, fairen Regeln und verfügbarer Mitbestimmung zu bevorzugen. Die Herausforderung besteht darin, diese Vorteile mit einer möglichst einfachen und risikoarmen Teilnahme zu verbinden. Entscheidend ist daher nicht, ein einheitliches Organisationsmodell zu kopieren, sondern ein verständliches, faires und lokal passendes Angebot zu entwickeln.

Quellenhinweis

Diese Zusammenfassung basiert auf dem Bericht von Barbara Breitschopf, Leon Wind und Ruben Hillebrandt, „Key design elements and perceived cost-benefits of energy communities – what factors matter most? A descriptive analysis“, Fraunhofer ISI, Nr. S07/2026, DOI 10.24406/publica-10544. Die Literaturangaben des Ausgangsberichts wurden nicht vollständig wiedergegeben.

KI-Hinweis: KI-erstellte Übersetzung und Zusammenfassung. Nicht als vollständige Übersetzung des Originalberichts verwenden.